# **Deutscher Bundestag**

**17. Wahlperiode** 06. 04. 2011

# Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

- a) zu dem Antrag der Fraktion der SPD
  - Drucksache 17/3998 -

Vor Cancún – Mit Glaubwürdigkeit zu einem globalen Klimaschutzabkommen

 b) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Hermann Ott, Bärbel Höhn, Thilo Hoppe, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
 – Drucksache 17/4016 –

Internationaler Klimaschutz vor Cancún – Mit unterschiedlichen Geschwindigkeiten zum Ziel

- c) zu dem Antrag der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Barbara Höll, Ralph Lenkert, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
  - Drucksache 17/4529 -

EU-Klimaschutzziel erhöhen

## A. Problem

Die Anträge zielen im Wesentlichen darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, sich für die Anhebung des europäischen Minderungsziels auf unkonditionierte minus 30 Prozent einzusetzen; dies u. a. auch als notwendiges Zeichen für die kommende Klimakonferenz im Dezember 2011 in Durban (Südafrika).

## B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/3998 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

## Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4016 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

## Zu Buchstabe c

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/4529 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

## C. Alternativen

Keine.

## D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

## Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/3998 abzulehnen,
- b) den Antrag auf Drucksache 17/4016 abzulehnen,
- c) den Antrag auf Drucksache 17/4529 abzulehnen.

Berlin, den 23. März 2011

## Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Horst Meierhofer Stellvertretender Vorsitzender	Andreas Jung (Konstanz) Berichterstatter	Frank Schwabe Berichterstatter	Michael Kauch Berichterstatter
	Ralph Lenkert Berichterstatter	<b>Dr. Hermann Ott</b> Berichterstatter	

# Bericht der Abgeordneten Andreas Jung (Konstanz), Frank Schwabe, Michael Kauch, Ralph Lenkert und Dr. Hermann Ott

## I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Antrag auf **Drucksache** 17/3998 wurde in der 78. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Dezember 2010 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Finanzausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union sowie den Haushaltsausschuss überwiesen.

#### Zu Buchstabe b

Der Antrag auf **Drucksache** 17/4016 wurde in der 78. Sitzung des Deutschen Bundestages am 2. Dezember 2010 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

#### Zu Buchstabe c

Der Antrag auf **Drucksache** 17/4529 wurde in der 87. Sitzung des Deutschen Bundestages am 27. Januar 2011 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung sowie den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

## II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Die Anträge zielen im Wesentlichen darauf ab, die Bundesregierung aufzufordern, sich für die Anhebung des europäischen Minderungsziels auf unkonditionierte minus 30 Prozent einzusetzen; dies u. a. auch als notwendiges Zeichen für die kommende Klimakonferenz im Dezember 2011 in Durban (Südafrika).

#### III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der Auswärtige Ausschuss hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3998 abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthal-

tung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3998 abzulehnen.

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3998 abzulehnen.

Der Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3998 abzulehnen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3998 abzulehnen.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3998 abzulehnen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3998 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/3998 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4016 abzulehnen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4016 abzulehnen.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4016 abzulehnen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4016 abzulehnen.

Zu Buchstabe c

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4529 abzulehnen.

Der Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4529 abzulehnen.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/4529 abzulehnen.

## IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat die Anträge auf Drucksachen 17/3998, 17/4016 und 17/4529 in seiner 36. Sitzung am 23. März 2011 abschließend beraten.

Die Fraktion der CDU/CSU hob hervor, fünf EU-Länder, darunter auch Deutschland, erfüllten die Kyoto-Ziele im eigenen Land. Es sei essentiell, dass diese Kyoto-Ziele erreicht würden, weil davon die Glaubwürdigkeit der EU im internationalen Klimaschutz abhänge. Im Dialog mit europäischen Partnern müsse intensiv dafür geworben werden, dass Länder, wie Italien und Österreich, die noch Aufholbedarf hätten, ihre Anstrengungen verstärkten. Die EU müsse sicherstellen, dass sie die Kyoto-Ziele erreiche. Darauf aufbauend sei die Debatte zu führen, wie sich die Europäische Union vor Durban hinsichtlich des Aufstockens der Klimaziele positioniere. Der Bundesumweltminister trete für die Aufstockung des europäischen Ziels von 20 auf 30 Prozent ein. Eine Zustimmung zu dem Entschließungsantrag auf Ausschussdrucksache 17(16)249 sei der Fraktion der CDU/ CSU schon deshalb verwehrt, weil es eine Vereinbarung gebe, Anträgen der Fraktion DIE LINKE. bzw. Anträgen, die diese Fraktion mitgezeichnet habe, nicht zuzustimmen. Die Arbeitsgruppe Umwelt der Fraktion der CDU/CSU unterstütze aber den Bundesumweltminister in seinem Eintreten für ein Aufstocken auf ein unbedingtes Aufstocken auf das 30-Prozent-Ziel innerhalb der Europäischen Union.

Die Fraktion der SPD erklärte, sie würdige die fraktionsübergreifende Einigkeit hinsichtlich des europäischen Klimaziels. Trotzdem sei es notwendig, irgendwann einmal voranzukommen. Sie bitte daher die Bundesregierung um Bekanntgabe eines Zeitplanes. Es sei von Interesse, zu erfahren, wann der Tag sei, an dem Entscheidungen getroffen würden. Es sei wenig hilfreich, wenn der Bundesumweltminister tiefgehende Stellungnahmen abgebe, aber am Ende sich nicht durchsetze. Im Hinblick auf die Ergebnisse von Cancún sei die Position der EU nicht ausreichend. Es sei notwendig, dass sie ihr Klimaschutzziel zur Minderung der Treibhausgasemissionen gegenüber dem Jahr 1990 von derzeit minus 20 Prozent auf minus 30 Prozent bis 2020 angebe. Mit den 40 Prozent bis 2020 – bezogen auf 1990 – habe die Bundesregierung bereits eine Zielmarke gesetzt, die dem deutschen Minderungsanteil einer europäischen Gesamtminderung von 30 Prozent bis 2020 beinahe entspreche. Derzeit könne der Eindruck entstehen, das 40-Prozent-Ziel werde in Deutschland nicht ernsthaft verfolgt, eine Abkehr hiervon sei nicht unwahrscheinlich. Der Bundesverband der Deutschen Industrie hoffe dies möglicherweise im Stillen.

Die Fraktion der FDP gab zu bedenken, es bedürfe einer Analyse von Effekten und Zielen. Wenn das nationale Ziel bei 40 Prozent liege, aber nur 20 Prozent in der Europäischen Union, bedeute das, dass alles, was Deutschland über dem europäischen Durchschnitt anstrebe, ausschließlich bei den Privathaushalten, beim Verkehr und beim kleinen Gewerbe abgeladen werde. Es sei daher notwendig, dass sich die Europäische Union bewege. Dies gelte auch im Hinblick auf die Gleichbehandlung der unterschiedlichen Sektoren in der Volkswirtschaft. Hinsichtlich der Bedeutung von 40 Prozent in Deutschland und deren Umrechnung auf die EU-Ebene stritten sich die Experten, wie viel es denn genau sei. Am häufigsten genannt würden 28 Prozent. Man sei jedenfalls nicht exakt bei den 30 Prozent. Die Europäische Kommission habe einen Vorschlag vorgelegt, der möglicherweise auch dazu beitragen könne, die unterschiedlichen Auffassungen auch zwischen den alten und den neuen Mitgliedstaaten zum Klimaschutz zusammenzubringen. Die Fraktion der FDP habe bereits in den vergangenen Monaten signalisiert, es sei notwendig, dass sich die Europäische Union bewege. Allerdings müsse man auch sehen, dass Cancún noch kein voller Erfolg gewesen sei, sondern nur ein Teilerfolg. Deshalb sei es möglicherweise sinnvoll, sich in einem Etappenziel auf den Weg zu 30 Prozent zu bewegen. Das müsse aber im Zusammenspiel mit den europäischen Partnern ge-

Die Fraktion DIE LINKE. stellte klar, wenn es um die Sache gehe, sei sie bereit, ihre Mitzeichnung bei dem Entschließungsantrag auf Ausschussdrucksache 17(16)249 zurückzuziehen, damit die Fraktion der CDU/CSU diesem zustimmen könne. Das 40-Prozent-Ziel solle die EU einhalten. Das sei eine Forderung, die angesichts der Klimaerwärmung notwendig und erreichbar sei. Zu bedenken sei, dass energieintensive Produktion in den letzten Jahrzehnten immer stärker abgewandert sei. Es sei nicht die Produktion reduziert worden, sondern es sei vielmehr nur der Herstellungsort verlagert worden. Für das Weltklima sei es nicht hilfreich, wenn die Bundesrepublik das 40-Prozent-Ziel erreiche, aber aus anderen Ländern Produkte und Waren importiere. An dieser Stelle gelte es, ernsthaft umzudenken.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hob hervor, die Stromerzeugung durch zentrale Großkraftwerke, sei es durch Atom- oder durch Kohlekraft, sei überholt und müsse ersetzt werden durch zum Teil zentrale und in sehr hohem Maße dezentrale erneuerbare Energien. Vor diesem Hintergrund sei das Ziel der Europäischen Union von enormer Bedeutung. Bedauerlich sei, dass sich die Fraktionen von

CDU/CSU und FDP nicht an einem gemeinsamen Entschließungsantrag beteiligt hätten. Die Unterstützung der zentralen Position des Bundesumweltministers werde gerade mit dem Entschließungsantrag auf Ausschussdrucksache 17(16)249 geeignet ausgedrückt. Die Argumente seien hinreichend ausgetauscht worden. Die Fraktion der FDP habe Wettbewerbsargumente genannt, falls Deutschland das 40-Prozent-Ziel ernst nehme und die EU beim 20-Prozent-Ziel bleibe, dann sei es tatsächlich so, dass der Verkehr, die Haushalte und das Kleingewerbe diesen zusätzlichen Beitrag leisten müssten. Auf der anderen Seite sei es eben so, dass ein 30-Prozent-Ziel der EU für Deutschland ungefähr ein 41-Prozent-Ziel bedeute. Dies sei problemlos zu erreichen. Die internationale Dimension sei ebenfalls klar. Von Europa würde ein Signal ausgehen, dass man auf der nächsten Weltklimakonferenz in Durban substantiell weiter komme und das Kyoto-Regime oder ein Ersatzregime weiterentwickeln könne.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem

Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/3998 abzulehnen.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/4016 abzulehnen.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 17/4529 abzulehnen.

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, den Entschließungsantrag der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Ausschussdrucksache 17(16)249 abzulehnen.

Berlin, den 23. März 2011

Andreas Jung (Konstanz)

Berichterstatter

Frank Schwabe
Berichterstatter

Michael Kauch Berichterstatter

Ralph Lenkert Berichterstatter **Dr. Hermann Ott**Berichterstatter

